



CDU-Landesgruppe
Baden-Württemberg

Fürs Ländle in Berlin!

24. März 2017



Bundestag würdigt schwäbischen Europäer ... und „Europa“ feiert Geburtstag!

Sehr geehrte Damen und Herren,

eine ereignisreiche Woche: Der neue Bundespräsident wurde im Parlament vereidigt, der große schwäbische Demokrat Matthias Erzberger wird endlich angemessen in Berlin gewürdigt - und morgen feiern wir Europa! 60 Jahre Römische Verträge, das heißt 60 Jahre Frieden, Stabilität und gemeinsame Werte in Europa. Das alles schien uns schon selbstverständlich - und wird heute doch wieder vielfach herausgefordert. Grund Genug, Flagge zu zeigen für Europa. Das wird sicher die CDU Baden-Württemberg beim Landesparteitag in Sindelfingen tun. Ausdrücklich will ich Sie aber auch auf die überparteiliche Bewegung „Pulse of Europe“ hinweisen - auch in vielen Städten im Land gehen dabei am Sonntag Menschen auf für Straße und bekennen sich zum europäischen Gedanken. „Europa“ ist ein Glücksfall - gerade auch für Baden-Württemberg!

Ihr Andreas Jung

Bundestag würdigt Matthias Erzberger



Zum Jahrestag des nationalsozialistischen Ermächtigungsgesetzes vom 23. März 1933 hat Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert die Benennung von zwei

Bundestagsgebäuden mit den Namen des schwäbischen Zentrumspolitikers Matthias Erzberger sowie des Sozialdemokraten Otto Wels bekanntgegeben. „Das war längst überfällig: Beide waren prägende Köpfe der Weimarer Republik und bleiben uns Vorbild“, erklärte **Andreas Jung**, Vorsitzender der CDU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag. „Die Würdigung ist ein starkes Zeichen für Frieden, Demokratie und Parlamentarismus“. Beide hätten unter Bedrohung von Leib und Leben moralische Größe und demokratische Haltung gezeigt. Von Otto Wels bleibe dauerhaft im Gedächtnis dessen Ausspruch in der letzten freien Rede im Deutschen Reichstag „Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht“.

Die CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg freue sich besonders, dass nun endlich auch der Landsmann Matthias Erzberger eine Ehrung in Berlin erfahre. Als Politiker mit festen Prinzipien sei er auch ein herausragender Redner gewesen, der keiner Debatte aus dem Weg ging. Nahezu zwei Jahrzehnte hatte er dem Reichstag angehört. Erzberger wurde 1875 in Buttenhausen bei Münsingen im heutigen Landkreis Reutlingen geboren. Mit 28 Jahren wurde er als damals jüngster Abgeordneter für den Wahlkreis Württemberg Biberach, Leutkirch, Waldsee und Wangen in den Reichstag gewählt und repräsentierte dort den „neuen Typ des Berufspolitikers“, der mit großem Eifer für seine Anliegen kämpfte. In zigtausenden Briefen hat er sich, selbst ebenfalls aus einfachem Hause, für die Anliegen der einfachen Bürger eingesetzt.

Mit seinen Reden war Erzberger ein Eckpfeiler der Weimarer Republik: Im Juli 1919 hatte er in scharfer Deutlichkeit mit der Kriegspolitik des Kaiserreiches abgerechnet. Bereits im Sommer 1917 entlarvte Erzberger die Hoffnung auf einen militärischen Sieg als Illusion und gab damit den Anstoß für die Friedensresolution, mit der sich die Reichstagsmehrheit für einen Verständigungsfrieden aussprach. Erzberger unterzeichnete in der Folge als Bevollmächtigter der deutschen Regierung 1918 das Waffenstillstandsabkommen von Compiègne, das den Ersten Weltkrieg formell beendete und das sinnlose Töten beendete. Die Oberste Heeresleitung hatte nicht den Mut, ihre Niederlage einzugestehen und ermöglichte so die propagandistische Verbreitung der sogenannten „Dolchstoßlegende“ gegen das „im Felde ungeschlagene Heer“. Matthias Erzberger dagegen übernahm Verantwortung und rettete so Menschenleben.

In der Weimarer Republik schuf Matthias Erzberger unter anderem ein reichseinheitliches Bahnsystem sowie als Finanzminister eine in ihren Grundlagen bis heute nachwirkende Steuerreform. Darüber hinaus wirkte er an der Vorbereitung und Sicherung des Völkerbundes mit, der 1920 als Vorläufer der heutigen UNO gegründet wurde. Im Jahr 1921 wurde er von rechtsterroristischen Attentätern in Bad Griesbach im Schwarzwald ermordet - bei einem Spaziergang mit seinem Freund Carl Diez, Reichstagsabgeordneter des Zentrums vom Bodensee. „Sein Erbe ist für uns Baden-Württemberger bis heute Auftrag und Verpflichtung für Frieden, Demokratie und europäische Verständigung“, so Andreas Jung abschließend.

Mobilität auf der Schiene



In dieser Woche kam die CDU-Landesgruppe mit Vertretern der Deutschen Bahn AG (DB) zu einem Austausch über Mobilitäts- und Infrastrukturfragen in Baden-Württemberg zusammen. Infrastruktur-Vorstandsmitglied Ronald Pofalla wies darauf hin, dass die Bahn 2016 rund 1,6 Mrd. Euro in Baden-Württemberg Investitionen getätigt habe. Damit befände

sich Baden-Württemberg unter den Top 3-Ländern in Deutschland. Trotzdem stelle man sich neuen Herausforderungen: Neben einer Steigerung der Pünktlichkeit im Fernverkehr und bei der Digitalisierung – die Ausrüstung von 250 ICEs mit WLAN kostet alleine an die 200 Mio. Euro – stehe vor allem eine „Fernverkehrsoffensive“ auf der Agenda. Mit diesem Investitionsprogramm möchte die DB gewährleisten, dass bis zum Jahr 2030 alle deutschen Städte über 100.000 Einwohner an das ICE-Netz mit einer guten Vertaktung angebunden sind.

Im weiteren Verlauf des Austauschs kamen vor allem die Infrastrukturvorhaben in Baden-Württemberg zur Sprache. So unterstützt die DB laut dem für den Südwesten zuständigen Konzernbevollmächtigten Sven Hantel neben dem rasch fortschreitenden Bau von Stuttgart 21 auch eine Untersuchung, dass das Europäische Zugsteuerungssystem ECTS auf der Stuttgarter S-Bahn-Stammstrecke eingesetzt werden soll, um mehr Züge aufs Gleis zu setzen und in der Feinstaubdebatte Voraussetzungen für noch mehr Schienenverkehr zu schaffen. Beim Ausbau der Rheintalbahn möchte die DB weiterhin zügig vorankommen. Die Elektrifizierung der Südbahn soll 2021 abgeschlossen sein und einen weiteren Infrastrukturschub zwischen Ulm und dem Bodenseeraum bringen. Die Gäubahn als wichtige Querschnittsverbindung im Land konnte dank einer gemeinsamen Kraftanstrengung von Mitgliedern der CDU-Landesgruppe im Bundesverkehrswegeplan untergebracht werden. Der Ausbau werde nun mit Priorität und Hochdruck vorangetrieben.

Andreas Jung brachte die Themenfülle des Abends auf den Punkt: „Baden-Württemberg ist als Flächenland auf eine gute Schieneninfrastruktur angewiesen. Nur mit schnellen Zugverbindungen, guten Regionalbahnen und einer Vertaktung, die an die Lebens- und Arbeitsgewohnheiten angepasst ist, werden wir es schaffen, die Schiene nachhaltig zu stärken und damit Umweltbelastungen zu verringern.“

Die Maut kann kommen



Von **Steffen Bilger** (Wahlkreis Ludwigsburg), Mitglied im Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur:

„Aus Sicht der CDU Baden-Württemberg ist heute ein guter Tag. Lange Jahre haben wir für eine Pkw-Maut gekämpft, nun ist sie endgültig beschlossen. Es ist sicher kein Geheimnis, dass wir uns die Umsetzung etwas anders vorgestellt haben. Nach unseren Beschlüssen hätte es die Maut für alle gegeben und damit auch nicht den ganzen Ärger mit Brüssel. Nichtsdestotrotz ist es gut, dass das Projekt nun nach langem Hin und Her endlich final auf den Weg gebracht worden ist.“

Die Maut schafft die Grundlage, dass alle Autofahrer an der Finanzierung der Straßeninfrastruktur angemessen beteiligt werden. Sie ist dabei nur ein Bestandteil der Finanzierung unseres Investitionshochlaufs. Mehr Haushaltsmittel und eine deutliche Ausweitung der LKW-Maut kommen hinzu und sorgen dafür, dass endlich die Mittel bereitstehen, die wir für die Instandsetzung und Instandhaltung unseres Bundesfernstraßennetzes benötigen.

Zuletzt wurde noch einmal Kritik laut, die meines Erachtens jedoch nicht stichhaltig ist. Um die Grenzregionen müssen wir uns keine Sorgen machen. Die Infrastrukturabgabe gilt für Ausländer nur für die Bundesautobahnen. Ich glaube nicht, dass Franzosen oder Schweizer wegen wenigen Euro Maut auf den Einkauf oder den Urlaub in Baden-Württemberg

verzichten werden. Sollte es Ausweichverkehre geben, werden wir darauf reagieren. Zweifel an der Höhe der prognostizierten Einnahmen konnten in der Sachverständigenanhörung am Montag zerstreut werden. Die Frage, ob die Infrastrukturabgabe europarechtskonform ist, wurde von der EU-Kommission als „Hüterin der Verträge“ klar mit Ja beantwortet. Es bleibt also dabei: nach jahrzehntelangem Ringen kann die PKW-Maut nun kommen.“

Bestmögliche Sicherheit für das Endlager



Wie kann man verantwortungsvoll hoch radioaktive Abfälle entsorgen, ohne die nächsten Generationen zu belasten? Eine komplexe Frage, über die seit langer Zeit nicht nur Uneinigkeit, sondern auch Streit innerhalb der Gesellschaft besteht. Der Standort für die Endlagerung sollte Sicherheit für einen Zeitraum von einer Million Jahre gewährleisten.

Um dafür Kriterien zu bestimmen, wurde im Juni 2013 die Endlagerkommission (Kommission zur „Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe“) eingesetzt, ein Gremium, das sich aus 34 Mitgliedern von Vertretern der Wissenschaft, Industrie, Umweltverbänden, Religionsgemeinschaften, des Bundestages und Landesregierungen zusammensetzte. Ihre gesammelten Handlungsempfehlungen veröffentlichte die Kommission fast einstimmig mit ihrem Abschlussbericht am 28. Juni 2016. Ein großer Erfolg, denn wenn eine gesamtgesellschaftlich gebildete Kommission sich einigen kann, so besteht Hoffnung darauf, einen jahrzehntelangen gesellschaftlichen Konflikt ebenso lösen zu können. Diese Empfehlungen wurden nun in der Fortentwicklung des Standortauswahlgesetzes gesetzlich festgelegt. Ziel ist es, einen Standort zu ermitteln, der bestmögliche Sicherheit in einem vergleichenden Verfahren garantiert. Dafür wird ein Bergwerk mit tiefen geologischen Formationen gesucht. Als Wirtsgesteine kommen in Deutschland Steinsalz, Ton- und Kristallingestein (Granit) in Betracht.

Das künftige Verfahren zur Suche eines Endlagers wird drei Phasen auf der Grundlage des im Gesetz festgelegten wissenschaftlichen Kriterienkatalogs durchlaufen. Es beginnt mit der „weißen Deutschlandkarte“, die dann nach dem Ausschlussprinzip mithilfe der Ausschlusskriterien, Mindestanforderungen und Abwägungskriterien auf mögliche Standortregionen reduziert wird. In der zweiten Phase erfolgt eine „übertägige Erkundung“, die in Phase drei mit einer untertägigen Erkundung der übrig gebliebenen Standorte die Suche abschließen wird. Das Verfahren wird von einem Öffentlichkeitsbeteiligungskonzept begleitet, welches weitreichende Auskunfts- und Informationsrechte als festen Bestandteil des Auswahlverfahrens enthält.

Matern von Marschall (Wahlkreis Freiburg, rechts), Mitglied im Umweltausschuss, lobt den gefundenen Kompromiss und hebt hervor, dass das zu findende Endlager keiner politischen Vorfestlegung, sondern einem wissenschaftlich fundierten Verfahren folgt. „Wir haben uns dieser Aufgabe als CDU verantwortungsvoll gestellt und können nun hoffentlich den Weg in Richtung gesamtgesellschaftlicher Versöhnung ebnen. Es ist wichtig, dass die nachfolgenden Generationen nicht unter den Rückständen aus der Zeit der Kernenergiegewinnung leiden“, so von Marschall. Nach der geplanten Verabschiedung im Bundesrat Ende der kommenden Woche soll das Verfahren nun schnellstmöglich beginnen. Es wird angestrebt, den Endlagerstandort im Jahr 2031 festzulegen.

Innovationsförderung für den Mittelstand weiter stärken



Für Deutschland insgesamt, aber insbesondere auch für Baden-Württemberg gilt: Der Mittelstand, sprich die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) sind das Rückgrat unserer Wirtschaft. Sie bieten den Menschen im Land Arbeitsplätze, sind Garant für Wachstum und sorgen für sozialen Wohlstand. Um im weltweiten Wettbewerb erfolgreich bestehen zu können, benötigen gerade KMU eine hohe Innovationskraft. Denn hier arbeiten rund 61 Prozent der in Unternehmen Beschäftigten. Bezogen auf Baden-Württemberg sind 99 Prozent aller Betriebe KMU. Frei nach einem Zitat von Roman Herzog aus dessen berühmter „Ruck-Rede“, wonach die Innovationsfähigkeit unser Schicksal bestimmt, ist gerade die Innovationsfähigkeit unserer KMU von besonderer Bedeutung für die Zukunft unseres Landes. Da ist es durchaus beunruhigend, dass die Innovationsintensität der KMU – also die Innovationsausgaben in Relation zum Gesamtumsatz – in den letzten zehn Jahren zurückgegangen ist. Vor allem die staatliche Innovationsförderung hat trotz gut ausgebauter Projektförderung zu wenige KMU erreicht.

Am Donnerstag hat der Deutsche Bundestag daher über einen Antrag der Koalitionsfraktionen beraten, der sich für mehr Anreize für Investitionen in Forschung und Entwicklung für KMU ausspricht. Seitens des Bundes besteht bereits ein breites Portfolio der Innovationsförderung für den Mittelstand, welches die CDU-geführte Bundesregierung in den letzten Jahren weiter ausgebaut hat. Der Stuttgarter Forschungspolitiker **Dr. Stefan Kaufmann** machte in seiner Rede deutlich, dass es künftig noch größerer Anstrengungen bedarf, da der Wettbewerbsdruck weltweit zunimmt. Mögliche Ansatzpunkte für Veränderungen in der Innovationsförderung nennt die Expertenkommission Forschung und Innovation (EFI) in ihrem aktuellen Gutachten. So seien insbesondere zu hohe Innovationskosten und damit ein zu hohes wirtschaftliches Risiko, aber auch ein Mangel an geeignetem Fachpersonal oder an internen Finanzierungsquellen die wichtigsten Innovationshemmnisse für KMU.

Die CDU/CSU-Fraktion teilt diese Auffassung, die sich übrigens auch mit den Ergebnissen einer Unternehmensbefragung des Baden-Württembergischen Industrie- und Handelskammertages deckt. Die Bundesregierung hat daher u.a. den Auftrag erhalten, ein Konzept für eine steuerliche Forschungsförderung vorzulegen, von der insbesondere die KMU profitieren. Aber auch die unbürokratischere Ausgestaltung der Projektförderung und die verstärkte Digitalisierung in der beruflichen Bildung stehen im Maßnahmenkatalog des beschlossenen Antrags (Drs. 18/11594).

Deutschen Weinbau wettbewerbsfähig halten



Der Deutsche Bundestag hat am Donnerstag über das Zehnte Gesetz zur Änderung des Weingesetzes abschließend beraten. **Kordula Kovac**, die weinbaupolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, zeigte sich erfreut über die erzielte überparteiliche Einigung. „Mit der vorliegenden Einigung werden die Rahmenbedingungen für einen zukunfts- und wettbewerbsfähigen Weinsektor in Deutschland geschaffen“, so die Bundestagsabgeordnete für Südbaden. „Erstmals ermächtigt der Bund die Länder, sowohl Organisationen zur Verwaltung der Lastenhefte als auch Branchenverbände auf ihrem Hoheitsgebiet einzuführen. Die Verwaltung von herkunftsgeschützten Weinen wird hierdurch durch die Schaffung von Schutzgemeinschaften vereinfacht und die Verfahren zur Änderung von Produktspezifikationen verkürzt. Durch das Aufheben des bisherigen Verbots der Branchenverbände wird dem Wunsch der Bundesländer entsprochen, ihren regionalen Besonderheiten im Weinbau Rechnung zu tragen und die vielfältigen Fördermöglichkeiten und Funktionen dieser Verbände zu nutzen“.

Die Begrenzung der Hektarhöchstbeträge von Weinen ohne Herkunftsbezeichnung bundesweit auf 200 Hektoliter/Hektar nannte Kovac eine Präventivmaßnahme für drohende Marktstörungen. „Den Ländern ist es außerdem erlaubt, noch niedrigere Grenzen für ihre Weinbaugebiete zu erlassen und so spezifisch auf die regionalen Märkte reagieren zu können“. Kovac begrüßte auch ausdrücklich die Ausweitung der Begrenzung von Neuanpflanzungen auf 0,3 Prozent der Rebfläche bis 2020. „Wenn wir die nationale Begrenzung nicht verlängern würden, gäbe es eine Mehrmenge von neun Millionen Liter pro Jahr zusätzlich im deutschen Weinsektor. Um dieses Überangebot zu verhindern, ist es geboten, die nationale Begrenzung auf drei weitere Jahre zu verlängern. Die Kombination dieser beiden Mengenbegrenzungen schafft die notwendige Marktsicherheit für die deutschen Winzerinnen und Winzer“.

Deutsch-französischen Motor nicht gefährden



In wenigen Wochen finden in Frankreich Parlaments- und Präsidentschaftswahlen statt. Das Ergebnis der Wahlen ist auch für Baden-Württemberg von Bedeutung: Knapp 8% der baden-württembergischen Exporte gehen nach Frankreich - das waren 2015 Waren im Wert von 14,5 Milliarden Euro. Geht es nach der rechtspopulistischen Kandidatin Marine Le Pen

vom Front National, soll sich das bald ändern: Im ersten TV-Duell zwischen ihr und den vier anderen Präsidentschaftskandidaten machte sie erneut deutlich, dass sie auf Europa, auf die Zusammenarbeit mit Deutschland und auf den Euro keinen Wert legt. Sie will Frankreich abschotten und den Handel mit anderen Nationen einschränken. „Diese Entwicklung wäre ein Totalschaden für den deutsch-französischen Motor und würde zur schwersten Krise der EU seit ihrem Bestehen führen“, betonte Andreas Jung, Vorsitzender der deutsch-französischen Parlamentariergruppe im Deutschen Bundestag in einem [Gespräch mit dem Fernsehsender „Phoenix“](#).

Die überparteiliche Bewegung „Pulse of Europe“ ruft dazu auf, „für Europa“ auf die Straße zu gehen. Die Initiative setzt sich dafür ein, den europäischen Gedanken wieder sichtbar und hörbar zu machen - gerade am kommenden Wochenende, wenn sich die Unterzeichnung der Römischen Verträge zum 60. Mal jährt. Die teilnehmenden Städte in Baden-Württemberg gibt es unter www.pulseofeurope.eu/poe-staedte.

Reden & Videos

Plenarsitzungen, Beiträge und Reden der baden-württembergischen CDU-Abgeordneten sind jederzeit abrufbar unter bundestag.de/mediathek.

Weitere Informationen finden Sie im Angebot CDU/CSU-Fraktion unter



Pressemeldungen

Aktuelle Pressemeldungen der CDU-Landesgruppe finden Sie unter www.cdu-lg-bw.de.

Kontakt

Platz der Republik
Paul-Löbe-Haus
11011 Berlin

Tel. 030 / 227 - 70269
Fax 030 / 227 - 76251

info@cdu-lg-bw.de
www.cdu-lg-bw.de

Fotos: Fotolia/travelwitness (Reichstag), Fotolia/Leonid Andronov (Bahn), Fotolia/Lefteris Papaulakis (Matthias Erzberger), Fotolia/Argus (Flaggen).

Impressum:

CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg
Platz der Republik 1
11011 Berlin

[Newsletter abonnieren](#)